

Scharrer, Hans-Eckart

Article — Digitized Version

Europäische Wachstumsperspektiven

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Scharrer, Hans-Eckart (1990) : Europäische Wachstumsperspektiven, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 3, pp. 114-115

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/136610>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Europäische Wachstumsperspektiven



Hans-Eckart Scharrer

Werden die 90er Jahre für Europa ein Jahrzehnt anhaltenden, dynamischen Wirtschaftswachstums? Die Voraussetzungen dafür sind günstig: Das Binnenmarktprogramm Europa '92 hat in der Gemeinschaft den Preis-, Leistungs- und Standortwettbewerb belebt, Produkt- und Prozeßinnovationen stimuliert und einen Investitionsschub ausgelöst. Die Perspektive eines größeren Europäischen Wirtschaftsraumes von EG und EFTA, dessen Rechtsrahmen noch in diesem Jahr verhandelt werden soll, unterstützt diesen Prozeß und dehnt ihn auf ganz Westeuropa aus. Vor allem aber entzündet sich Wachstumsphantasie an der politischen und wirtschaftlichen Aufbruchstimmung in Osteuropa. Hier gilt das Interesse im In- und Ausland bisher vor allem den Entwicklungen in der DDR und der Schaffung einer deutschen Wirtschafts- und Währungsunion. Was sich in der DDR zur Zeit vollzieht, ist indessen Teil einer umfassenderen Wende in ganz Osteuropa, mit der die Völker dieser Region und ihre Wirtschaftsreformer nach jahrzehntelanger, bürokratisch gelenkter Mißwirtschaft den Anschluß an die Einkommens-, Lebens- und Produktionsstandards des Westens finden wollen.

Die Ausgangslage ist in allen Ländern die gleiche: ein überalterter, vielfach desolater Kapitalstock (Ausrüstungen, Infrastruktur, Bauten), starke Preis- und mindestens ebenso starke Produktionsverzerrungen, fehlende Leistungs- und Innovationsanreize, ein über die Jahre immer größer gewordener technologischer Rückstand, hohe Auslandsverschuldung mit zum Teil akuter Devisenknappheit und Pro-Kopf-Einkommen, die allenfalls die Hälfte des EG-Durchschnitts erreichen. So groß wie der Rückstand sind freilich auch die Wachstumschancen – für Ost und West. Unterstellt man einmal, daß es zunächst darum geht, Produktion und Einkommen in Osteuropa bis zum Jahre 2000 an den heutigen EG-Durchschnitt heranzuführen, dann setzt dies dort jährliche Wachstumsraten von etwa 7 % voraus – kein unerreichbares Ziel. Der Schlüssel dafür ist die Überwindung des Mangels an (leistungsfähigem) Realkapital. Überträgt man den für die DDR geschätzten Investitionsbedarf von 500-1000 Mrd. DM auf ganz Osteuropa (ohne Sowjetunion), so errechnen sich Größenordnungen von 3500-7000 Mrd. DM, 350-700 Mrd. DM pro Jahr. Sie sind teils aus inländischen, teils aus ausländischen Quellen bereitzustellen.

Wie lassen sich diese Investitionen mobilisieren? Zunächst sind die Staaten Osteuropas selbst gefordert. Am Anfang muß ihre Erkenntnis stehen, daß sie sich in einem weltweiten Standortwettbewerb befinden. In diesem Wettbewerb um Investitionen verfügen die osteuropäischen Länder über einige Aktiva: qualifizierte Arbeitskräfte, niedrige Löhne, geographische Nähe zur westeuropäischen Kernregion (dies gilt nicht für Bulgarien und Rumänien). Schwerer wiegen bisher die Nachteile: ideologische Vorurteile gegen privates Unternehmertum, gesetzliche Hemmnisse gegen unternehmerische Tätigkeit gepaart mit bürokratischem Perfektionismus, hohe Unternehmenssteuern, Staatsmonopole, verwalteter Mangel etc. Gefordert ist nicht der zögerliche Abbau einzelner Investitionshemmnisse, wie in der DDR bisher praktiziert. Gefordert ist die konsequente und zügige (!) Verwirklichung marktwirtschaftlicher Bedingungen auf breiter Front. Übertriebener Gradualismus, wie in Polen (bis 1989) und Ungarn zu beobachten, ist dabei schädlich. Nur durch eine zielstrebige Politik läßt sich ausländisches Kapital anziehen und lassen sich binnenwirtschaftliche Wachstumskräfte entfes-

seln. Die Elemente einer umfassenden Wirtschaftsreform hat der Sachverständigenrat in seinem DDR-Sondergutachten aufgelistet und beschrieben. Sie gelten – mit Ausnahme des festen Wechselkurses zur D-Mark – ohne Einschränkung auch für andere osteuropäische Länder.

Ein wesentliches Reformelement ist die wirtschaftliche Öffnung für den internationalen Wettbewerb. Derzeit wickeln die osteuropäischen Länder (einschließlich Sowjetunion) über 70 % ihres Exports an Industriegütern unter „Schlafmützenkonkurrenz“ mit anderen Staatshandelsländern ab, nur 13 % werden unter Wettbewerbsbedingungen in westlichen Industrieländern abgesetzt. Diese Abkopplung vom Weltmarkt ist eine wichtige Erklärung für die technische Lücke zwischen Ost und West, die sich in den letzten Jahren immer rascher vergrößert hat. Eine Entwicklungsstrategie für Osteuropa muß daher, soll sie erfolgreich sein, von Anfang an auf Integration in die Weltwirtschaft und in die europäische Wirtschaft setzen. Dazu gehört auch die Öffnung der osteuropäischen Märkte für westliche Produkte – das Scheitern dieser Wirtschaften ist auch ein Scheitern der Politik der Imports substitution. Das schließt vorübergehende außenwirtschaftliche Schutzmaßnahmen nicht aus. Allerdings müssen die bisher praktizierten administrativen Importbeschränkungen beendet und – wie in Polen bereits geschehen – durch Zölle ersetzt werden. Gleichzeitig mit ihrer Einführung wäre, mindestens für hohe Schutzzölle, ein verbindlicher Zeitplan für ihren Abbau festzulegen, um das Entstehen neuer Ineffizienzen zu verhindern.

Eine weltmarktorientierte Entwicklungsstrategie für Osteuropa bedarf der aktiven Unterstützung durch die Europäische Gemeinschaft. Zentrales Element ist dabei die Handelspolitik. Die Gemeinschaft muß ohne Wenn und Aber deutlich machen, daß sie bereit ist, ihre Märkte umfassend und dauerhaft für Industriegüter aus diesen Ländern zu öffnen (auch wenn sie von japanischen Firmen produziert werden!). Nur so lassen sich dort Investitionen in einem Ausmaß induzieren, wie es für einen sozial (noch) erträglichen Strukturwandel – und zur Realisierung eines Wachstumsschubs – erforderlich ist. Befürchtungen in der Gemeinschaft wegen der „neuen Konkurrenz“ scheinen gesamtwirtschaftlich nicht begründet: Importe aus Osteuropa (einschließlich Sowjetunion) machen derzeit gerade 3,3 % der Gesamtimporte der Gemeinschaft aus, weniger als die Importe allein aus der Schweiz; die Importe von Industriegütern erreichen gerade 1,5 % der entsprechenden EG-Importe. Selbst eine erhebliche Importsteigerung (im Laufe eines Zehnjahreszeitraums!) sollte daher für die EG „verkraftbar“ sein. Das gilt um so mehr, als ein erheblicher Teil der Nachfrage nach Investitionsgütern, aber auch nach höherwertigen Konsumgütern, auf die EG entfallen dürfte. Der Wachstumsprozeß in Osteuropa wird damit zur Triebkraft für produktivitätssteigernden sektoralen Strukturwandel auch in Westeuropa. Die Akzeptanz dieses Strukturwandels ist die Voraussetzung dafür, daß die Wachstumsimpulse in voller Kraft in ganz Europa wirksam werden können.

Erste Schritte in die richtige Richtung hat die Gemeinschaft bereits getan. Zum 1. Januar 1990 wurden alle „spezifischen“ (für Staatshandelsländer geltenden) und mehrere „nicht-spezifische“ mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen gegenüber Polen und Ungarn abgebaut; zugleich wurden beide Länder in das System der allgemeinen Zollpräferenzen der EG einbezogen. Andere Länder Osteuropas sollen im Zuge ihres politischen und ökonomischen Reformprozesses die gleichen Vergünstigungen erhalten. In seiner Programmrede vor dem Europäischen Parlament hat EG-Kommissionspräsident Delors darüber hinaus den Abschluß umfassender Assoziierungsverträge vorgeschlagen. Seine Initiative verdient Unterstützung. Dabei ist freilich darauf zu achten, daß nicht sektorale Interessen festgeschrieben werden – nicht Wahrung von Besitzständen, sondern dynamische Anpassung muß das Ziel sein. Vor diesem Hintergrund, und in diesem Rahmen, macht auch die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung Sinn, von der man bisher den Eindruck gewinnen konnte, daß sie von ihren Initiatoren eher als Ersatz denn als Ergänzung für die Öffnung der eigenen Märkte gedacht war.

Ein integrationsfördernder rechtlicher Rahmen, Systemwandel in Osteuropa, Akzeptanz und aktive Förderung des wirtschaftlichen Strukturwandels auch in Westeuropa – dies sind Elemente einer Wachstumsstrategie für Europa. Die Gemeinschaft ist dabei ebenso gefordert wie die neuen Marktwirtschaften.